

Nicht mehr sicher

Zu: „Bus und Bahn fahren meist wie sonntags“, FR-Regional vom 31. März

Da die Straßenbahn zum Berufsverkehr nur noch im 30-Minuten-Takt verkehrt, wird die Politik des Abstandhaltens doch ad absurdum geführt. Wie soll das dann ein Abstand gewährleistet werden? Hier nehmen die Verkehrsbetriebe bewusst die weitere Infektion der Mitfahrenden in Kauf. Auch fahren zu der Zeit Viele aus dem medizinischen Bereich mit den Bahnen. Ich glaube, ich muss nicht beschreiben, was passiert, wenn diese alle ausfallen. Vielleicht sollte das irgendjemand mal überdenken.

Ich muss mir ebenfalls eine Lösung überlegen, da ich mich in den Bahnen der VGF nicht sicher fühle. Heiko Portscher, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/auf-dem-weg

Desaströse Todesurkunde

Hadamar: „Sechzehn Stufen zur Gas-kammer“, FR-Region vom 26.3

Der Artikel hat mich an das Schicksal meines Onkels Johann Nissen erinnert. Er lebte mit seiner Frau und vier Kindern in der Rohrbachstraße. Ich war Einzelkind (sechs Jahre), besuchte meine Tante, da ich mit den Kindern, die älter waren als ich, etwas spielen konnte. Mein Onkel saß damals im Rollstuhl. Meine Tante, die durch einen Unfall im Kindesalter ebenfalls behindert war, konnte die Familie mit Putzarbeiten über Wasser halten. Sie bekamen wohl vom Staat Unterstützung. Dies hatte zur Folge, dass sich meine Tante scheiden lassen musste. Es muss kurz darauf gewesen sein, dass mein Onkel nach Weilmünster evakuiert wurde. Dort verstarb er. Ich hatte aus Erzählungen in Erinnerung, er sei in Hadamar gewesen. Nach einigen Recherchen bekam ich Kopie einer Todesurkunde aus Weilmünster. Die ist ein einziges Desaster.

„Evakuiert aus Frankfurt ... Johann Nissen, wohnhaft in Frankfurt/Main ist am 24. April 1944 12 Uhr 15 in Weilmünster verstorben. Der Verstorbene war geboren am 12.6.1869, Geburtsort unbekannt. Vater unbekannt, Mutter unbekannt. Der Familienstand war nicht bekannt. ... Der Anzeigende ist bekannt und erklärte, dass er von dem Todesfall aus eigenem Wissen unterrichtet sei.“

Er ist an Altersschwäche gestorben. Über die Geschehnisse in Hadamar hatten viele Kenntnis, denn mir war als Kind der Name Hadamar bekannt, obwohl ich nie mit diesem Ort irgendeine Verbindung hatte. Also muss ich aus den Unterhaltungen der Erwachsenen den Namen gekannt haben.

Renate Paul, Frankfurt

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, siehe unter: frblog.de/lf-20200406



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Nuhr auf dem hohen Ross

Zu: „Erschüttert über Schäfers Tod“, FR-Regional vom 30. März

Natürlich ist der Selbstmord des hessischen Finanzministers schrecklich und die Berichterstattung darüber in Ordnung. Was mir aber fehlt, sind wenigstens ein paar Zeilen zu dem armen Lokführer, der das miterleben musste und auch sicher daran leidet. Im näheren Umfeld habe ich solche Situationen schon zweimal erfahren müssen und kann nur vage ahnen, was das für den Zugführer bedeuten muss. Man sollte auch an ihn (oder sie) denken.

Schlimm ist auch die Erkrankung von Frau Ditfurth und die Häme, welche nun über sie anonym ergossen wird. Was aber der TV-Kabarettist Nuhr mit Häme über ihre Existenzsorgen lustig macht, ist unglaublich. Derselbe Herr Nuhr, der erst kürzlich von seinem hohen TV-Ross Schmutzkübel über die junge Greta Thunberg aussagte. Wie armselig ist dieser Typ eigentlich? Manfred Stibaner, Dreieich

Schüler als Werbeträger von Konzernen

Zu: „Einheitliche Software für Home-Schooling in Hessen“, FR-Regional vom 31. März

Erhebliche Bildungslücken im Digitalen

Da denkt man, junge Leute hätten die Digitalisierung verstanden. Leider zeigt aber die Stellungnahme des Stadtschülerrats erhebliche Bildungslücken im Digitalen. Hätten diese SchülerInnen eine vernünftige informationstechnische Grundbildung erhalten, wäre der absurde Vorschlag nicht gekommen, einheitlich Microsoft Office 365 für alle LehrerInnen, SchülerInnen (und auch Eltern) verbindlich zu machen. Denn ein Thema der digitalen Bildung ist „Vernetzung“ mit allen technischen und gesellschaftlichen Aspekten. Dann wären die Rolle und die technischen Vorgehensweisen von Konzernen bei der Ausforschung unserer Persönlichkeiten klar geworden. Muss man denn immer noch auf Snowden oder Cambridge Analytica hinweisen?

Digital gebildete SchülerInnen wären schnell darauf gestoßen, dass die geforderte einheitliche Nutzung von Office 365 gegen den Datenschutz verstößt. Es werden bei den Standardeinstellungen jede Menge persönlicher Daten an Microsoft weitergeleitet. Dazu hat vor kurzem der Hessische Datenschutzbeauftragte deutliche Worte gefunden. Sie hätten auch bemerkt, dass die notwendigen Voraussetzungen an den Schulen nicht vorhanden sind und auch nicht geschaffen werden können. Es fehlt an fachlich ausgebildetem Personal. Und dass der Physiklehrer mal eben schnell die erforderliche Admi-

nistrationsaufgabe schafft, um Microsoft-Produkte an die Datenschutzstandards anzupassen, ist einfach nicht realistisch.

Vielleicht wäre dem Stadtschülerrat auch aufgefallen, dass immer mehr LehrerInnen und SchülerInnen Linux-basierte Rechner benutzen und nicht gezwungen werden wollen, Microsoft-Produkte zu nutzen.

Es wird deutlich, dass digitale Bildung dringend erforderlich ist. Gründliche Kenntnisse der Nutzung und Struktur digitaler Werkzeuge und ihrer Folgen können sicherlich die digitale Selbstbestimmung fördern. Sie kann auch verhindern, dass sich LehrerInnen, SchülerInnen oder Behörden aus Unwissenheit zu Werbeträgern von Konzernen machen lassen.

Axel Stolzenwaldt, Königstein

Die Versäumnisse des Kultusministeriums

Die Reaktionen von Sylvia Weber (SPD), Frankfurts Bildungsdezernentin, und des Hessischen Kultusministeriums auf die Forderungen des Frankfurter Stadtschüler*innenrat zeigen die geballte Inkompetenz im staatlichen Bildungswesen und sind zudem in Teilen auch grundlegend falsch!

Gerade die derzeitige Situation mit Schulschließung und der wesentlichen Frage, wie Schüler erreicht und beschult werden können, sollte vielmehr von Kreativität geprägt sein und bietet zudem die Möglichkeit, die Fehler und Versäumnisse der

Vergangenheit in puncto digitalem Lernen endlich anzugehen. Und genau das fordern die Schüler, hier in Person des Stadtschulsprechers Paul Harder.

Nun zu den Falschaussagen: Der Microsoft Office Educationplan in der Version Office 365 A1 ist vollständig kostenfrei und ohne Abonnement. Er ist nach Beantragung durch die Schule für alle Lehrer und Schüler in der Webversion verfügbar. Warum das Programm nicht datenschutzkonform sein soll, erschließt sich mir erst mal nicht. Zumal, und das sollten alle, die sich im Internet bewegen, mittlerweile gelernt haben, es auch eine Frage der Administration und Organisation ist. Sicherlich muss man sich Gedanken machen, was sind die Einsatzzwecke und mit welchen Daten haben wir es zu tun. Aber das kann man eben machen!

Man braucht auch keinen Computer zu Hause, alle Programme sind, z.B. Word, als App für Android und iOS als Smartphoneversion vorhanden. Und in der Altersgruppe der Schüler ab zwölf Jahren verfügen über 95 Prozent über ein Smartphone.

„Wir wollen in der aktuellen Situation den Schulen nichts aufpfropfen“, so das Kultusministerium. Damit erklärt man nur seine eigenen Versäumnisse! Wenn jetzt die Schüler mit Ideen und Vorschlägen kommen, wie Schule auch in der jetzigen Situation funktionieren könnte, sollte man das eher positiv aufnehmen und den Schulen die Freiräume geben. Ulrich Rutz, Frankfurt

Unterordnung, Freiheit und Christenrechte

Stadtdekan Johannes zu Eltz: „Gott sei Dank lebt jetzt der Diskurs wieder auf“, FR-Regional vom 1. April

War das Interview etwa ein Aprilscherz?

Eine Unverschämtheit, in Zeiten einer großen gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung fast zwei Seiten einem Interview mit einem weißen alten Mann, Vertreter einer frauen-, aufklärungs- und menschenfeindlichen Institution – der katholischen Kirche – zu widmen! In Frankfurt gehörten Ende 2018 nur 20 Prozent der Bevölkerung der katholischen Kirche an. Und dann zwei Seiten?

Was sind Christenrechte? Das Grundgesetz garantiert ungestörte Religionsausübung, aber Grundrechte müssen zum Schutz von Mitmenschen eingeschränkt werden können. Seit der Weimarer Verfassung wird die Trennung von Staat und Kirche gefordert – keiner hält sich dran, und alle Kirchen, auch nicht-christliche, werden immer übergreifender auf das Privatleben. Kirche und Religion gehören ins Privatleben.

„In der säkularen Gesellschaft wächst der Wunsch, alles abgesichert zu wissen.“ Lösung der Kirche: Wir seien in Gottes Hand und er meine es gut mit uns. Wo bleiben die Opfer der Hexenverbrennungen und des Holocaust? Ob die Schwerkranken mit starker Lungenschädi-

gung oder die vielen tausend Toten auch so denken? Solchen naiven Kinderglauben abzudrücken, ist Volksverdummung! Seit wann versteht die katholische Kirche was von Naturwissenschaften oder Medizin?

Seit wann setzt sich die katholische Kirche für die Rechte des Einzelnen ein? Herr Eltz kritisiert die Willfähigkeit gegenüber Anordnungen – Glauben und Unterordnung sind doch genau das, was die Kirche predigt.

Er selbst sagt: „unsere großen, leeren Kirchen“. Zu „unsere“: Der Frankfurter Dom gehört der Stadt und wird mit immensem finanziellem Aufwand unterhalten, anstatt dass die katholische Kirche ihr Milliardenvermögen dazu einsetzt. Sofort schließen, Staatsleistungen ersatzlos streichen! Das spart der Stadt und Deutschland viel Geld. Christliche Nächstenliebe könnte sich darin zeigen, dass die Kirche ihr Vermögen dazu benutzte, das Pflegepersonal besser zu bezahlen. Oder sollte das Interview ein Aprilscherz sein? Anneliese Fleischmann-Stroh, Heilbronn

Einer mit dem Herzen am rechten Fleck

Endlich einer, der mir aus der Seele spricht! Der Herz und Verstand am rechten Fleck hat.

Und dann auch noch ein Katholik. Wie recht Herr zu Eltz hat, sich darüber zu wundern. Er macht sich sehr treffende, hochaktuelle Gedanken über Freiheit, Bürgerrechte und Verantwortung.

Absolute Sicherheit und Kontrolle gibt es nicht, weiß jeder, der eine Krise überstanden hat. Wie kurzsichtig, wie gleichgültig ist es, die gesamte Verantwortung samt persönlicher Einbußen politischen Machthabern anzuvertrauen? Was die an Macht haben, gebe sie doch nicht gern wieder her, oder?

Rücksicht, Respekt, eigene Verantwortung helfen eine ganze Ecke weiter in einer Krise. Aber absolute Kontrolle und Freiheitsberaubung? Es gäbe kreative, individuelle Lösungen, um nicht gleich alles lahmzulegen, natürlich mit gelegentlichen Kontrollen: Tische mit Abstand in Cafés, Sport im Abstand wie im Supermarkt.

Soll der Mensch von seiner Anlage als soziales Wesen entfremdet werden? Ob zielgerichtet oder unbewusst, was auch immer. Es wäre wichtig für uns als Gesellschaft, dies nicht aus lauter Panik und Kontrollgehorsam aus den Augen zu verlieren. Ilona Horn, Marburg